Abend-Ausgabe. Nr. 592 — Mittwoch, 16. Dezember 1936

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.50, durch Postbezug RM. 2.30 einschl. 40,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Ribbentrop spricht in London

Grundlagen der deutschen Außenpolitik

Vernünftige Lösung der Kolonialfrage ist notwendig

London, 16. Dezember.

Zu Ehren des deutschen Botschafters von Ribbentrop veranstaltete die Anglo-German Fellowship am Dienstagabend in London einen großen Empfang, an dem etwa 700 Personen teilnahmen. Unter den Anwesenden befanden sich zahlreiche führende Persönlichkeiten der Politik und der Wirtschaft. Im Laufe des Abends hielt Botschafter von Ribbentrop eine Rede, in der er sich mit grundsätzlichen Fragen der deutschen Außenpolitik beschäftigte.

Nach den Trinksprüchen auf den König von England und den Führer und Reichskanzler sprach zuerst der frühere Luftfahrtminister Lord Londonderry über die internationalen Beziehungen. Er erklärte, daß im Interesse des Friedens völlig neue Wege beschritten werden müßten, und schlug zu diesem Zweck die Einberufung einer Versammlung der großen Männer der heutigen Welt vor. In Europa könne ein Anfang gemacht werden mit einer Zusammenkunft der führenden Persönlichkeiten Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs. Er habe, so fuhr Lord Londonderry fort, Sowjetrußland absichtlich ausgelassen, das sich die Unterminierung all der Einrichtungen in anderen Ländern zum Ziele gesetzt habe, die nach Ansicht dieser Staaten ihre eigene Stabilität verbürgten. (Beifall.)

Nach der mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Rede Lord Londonderrys erhob sich Botschafter v. Ribbentrop, um in einer vielfach von Beifall unterbrochenen Ansprache wichtige Darlegungen zu den grundsätzlichen Fragen der deutschen und der internationalen Politik zu machen. Der Botschafter führte u. a. aus:

Es ist jetzt zwei Jahre her, daß die Anglo-German Fellowship und ihre Schwesterorganisation, die Deutsch-englische Gesellschaft in Berlin, ihre Tore für alle die Engländer und Deutschen aufgemacht haben, die daran glauben, daß ein besseres Verstehen und gute Beziehungen zwischen unseren beiden großen Völkern zur Stabilität des Friedens und für das Wohlergehen der Welt lebensnotwendig sind. Es ist ihr Bestreben, einen engeren Kontakt zwischen den führenden Männern des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der beiden Länder zu schaffen, um eine dauernde Freundschaft zwischen diesen beiden verwandten Völkern herbeizuführen.

Ich möchte nun einiges über die deutsch-englischen Beziehungen in der Vergangenheit sagen und über ihre weitere Gestaltung in der Zukunft. Ich glaube, daß wir alle aus Fehlern lernen sollten. Es scheint mir daher angebracht, wenn ich die heute hier Anwesenden daran erinnere, daß Deutschland durch seinen Führer und Reichskanzler der Welt

wiederholt Angebote,

die möglicherweise zu einem dauernden Frieden und einer allgemeinen Beruhigung hätten führen können, gemacht hat. Diese Angebote fanden keinen Widerhall. Aber eins ist sicher, und das muß ich feststellen: Deutschland war entschlossen, die diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages, die kein großes Volk auf die Dauer ertragen haben würde, zu beseitigen. Um dieses Ziel durch Vereinbarungen zu erreichen, hat der Führer und Reichskanzler seine Angebote an die Welt gemacht. Aber in einer Welt, die noch immer blind und in einer Mentalität befangen war, die wir als den „Geist von Versailles" kannten, blieben diese unbeantwortet.

Es ist tief bedauerlich, heute feststellen zu müssen, daß von allen diesen Angeboten zur Abrüstung, Rüstungsbegrenzung, zum Abschluß von Nichtangriffspakten, von Garantiepakten und anderen Friedensgarantien, die in diesen vier Jahren vor allem immer wieder Frankreich vorgeschlagen wurden. Wenn schließlich doch eine Frage wenigstens geregelt werden konnte, und wenn aus dem dunklen und stürmisch bewegten Meer diplomatischer Betriebsamkeit wenigstens ein Schiff den Hafen erreicht hat, so ist dies auf den traditionellen britischen Weitblick in Flottenfragen zurückzuführen, den der Führer und Reichskanzler teilte. Ich spreche von dem deutsch-englischen Flottenabkommen, das im Juni abgeschlossen wurde.

Dieses erste wesentliche Uebereinkommen zu einer Begrenzung der Rüstungen erweckte große Hoffnungen, daß weitere Schritte in Richtung auf eine Gesamtregelung der europäischen Probleme möglich sein würden. Um diese Zeit jedoch fand eine

unterirdische Macht,

die unser Führer in Deutschland ausgemerzt hatte, erneut Eingang in Europa. Es machte sich bald bemerkbar, daß ihr störender Einfluß und ihre destruktive Lehre eine Konsolidierung Europas verhindern mußten. Deutschland hat nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten irgendeines Landes einzumischen, im Gegenteil, wir sind der Auffassung, daß jeder nach seiner Fassung selig werden soll. Da wir es aber hier mit einer internationalen Organisation, nämlich der Komintern, zu tun haben, die sich zum Ziele gesetzt hat, die Ordnung und die jedem Lande eigenen nationalen Ueberlieferungen zu zerstören, mag ein Wort hierüber nicht unangebracht sein.

Diese Lehre der Komintern hat Deutschland einmal an den Rand des Abgrundes gebracht. Selbstverständlich hat jedes Land seine eigene Art, mit dieser Seuche, sobald sie auftritt, fertig zu werden. Ich kann hier nur aus vollem Herzen unserem Wunsche Ausdruck geben, daß kein anderes Volk dieser Welt die gleichen Erfahrungen wie wir machen möge. Jedenfalls sollten die Völker auf der Hut sein, und ich bin überzeugt davon, daß die Welt erst dann zu Ordnung und friedlicher Entwicklung zurückkehren kann, wenn diese destruktiven Ideen verschwunden sind.

Der Sinn des Vierjahresplans

Aber die Unruhe der Gegenwart ist noch auf andere Gründe zurückzuführen, und diese sind wirtschaftlicher Natur. Als in diesem Jahre bedauerlicherweise klar wurde, daß die Aussichten auf eine baldige politische Lösung nicht günstiger wurden, das heißt also, daß auch wirtschaftliche Vereinbarungen im weiten Felde lagen, stellte der Führer den Vierjahresplan auf, um durch ihn den Lebensstandard seines Volkes zu heben.

Das deutsche Volk muß leben und wird leben, und der Führer war — um die lebenswichtigen Bedürfnisse seines Volkes zu befriedigen — nicht gewillt, auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufschwung zu warten, der unter Umständen aus möglichen, imaginären Vereinbarungen mit der Außenwelt hätte resultieren können. Er konnte ferner nicht warten, bis Deutschland wieder im Besitze des Nutzens aus seinen Kolonialansprüchen sein würde, für die, wie ich aufrichtig hoffe, eine Lösung bald gefunden werden möge. Der Führer und Reichskanzler, dessen erster und letzter Gedanke am Tag dem Wohlergehen des deutschen Arbeiters gilt, mußte handeln, und er hat gehandelt. Sie sehen heute die gesamte deutsche Nation in begeisterter Mitarbeit am Vierjahresplan.

Eines möchte ich feststellen, ja ich möchte dies sogar besonders unterstreichen: Deutschland wünscht keineswegs vollständige Autarkie. Sie werden nun fragen: Was will denn Deutschland? Die Antwort lautet: Deutschland will wieder ein Volk sein, das seiner Tagesarbeit ohne ständige wirtschaftliche Sorge nachgehen kann. Der Vierjahresplan ist ein Schritt in dieser Richtung.

Deutschland braucht Kolonien zur Rohstoffversorgung

Aber der Führer sieht nach wie vor in dem Besitz von Kolonien für die Versorgung mit Rohstoffen einerseits und den Welthandel anderseits die beiden wichtigsten Faktoren für die Erhaltung und Steigerung des Lebensstandards des deutschen Volkes. Eine vernünftige Lösung der Kolonialfrage ist daher äußerst erwünscht und liegt meiner Auffassung nach auf lange Sicht gesehen in unser aller Interesse.

In der gegenwärtigen Welt der Besitzenden und der Besitzlosen ist ein freier Güteraustausch notwendiger denn je, damit der Lebensstandard der Länder mit der gleichen Zivilisation auf ein einigermaßen gleichmäßiges Niveau gebracht wird. Ein solcher Ausgleich ist meiner Ansicht nach mehr als irgendeine andere Maßnahme geeignet, jene Zufriedenheit zu schaffen, die die beste Garantie für den Weltfrieden und den Wohlstand ist.

Ich bin nun aber der Auffassung, daß die bisher versäumten Gelegenheiten der Vergangenheit niemand von uns entmutigen sollten, weiter auf dem Wege zu schreiten, der aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herausführt. Das gilt besonders auch für das Gebiet der Politik. Der Weg, der hier zu gehen ist, ist noch weit. Viele Hindernisse müssen noch überwunden werden. Deutschland hat sich nach seinem Wiedereintritt in den Kreis der Großmächte daran gewöhnt, auf eigenen Füßen zu stehen. Es wird niemals jemandem gestatten, die Sicherheit seines Volkes zu bedrohen. Aber unabhängig und im Vertrauen auf seine Stärke ist es heute nach wie vor bereit, auf gleicher Stufe mit den anderen Nationen an der Herstellung eines dauerhaften Friedens in der Welt mitzuarbeiten.

Deutschland und England haben in ihrer langen Geschichte nur einen Streit gehabt. Dieser Krieg war ein fürchterlicher und tragischer Fehler, der sich niemals wiederholen darf. Keiner würde dabei gewinnen können. Wir alle wissen heute, daß ein neuer Konflikt zwischen den Kulturvölkern Europas nichts anderes als die Weltrevolution, den Bolschewismus und die Zerstörung alles dessen bedeutet, was uns seit Generationen teuer ist.

Wachsende Zwietracht in der Bolschewisten-„Regierung"

Caballero soll abtreten – Azana will ins Ausland reisen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

London, 16. Dezember.

Nach einer Meldung aus Valencia haben die Auseinandersetzungen, die in Barcelona unter den kommunistischen Brüdern ihren Anfang nahmen, sich in der letzten Zeit immer mehr zugespitzt. Man spricht in Valencia von einer neuen „Ministerkrise". Ein Teil der Kommunisten verlangt, daß Largo Caballero, der durch seine Flucht aus Madrid seine Autorität verloren hat, jetzt durch einen anderen Kommunisten ersetzt werden soll. Als sein Nachfolger im Amt des „Ministerpräsidenten" wird der bisherige sogenannte Unterrichtsminister Fernandez genannt. Auch der rote Staatspräsident Azana fühlt sich nicht mehr sehr wohl. Er hat die roten „Behörden" um Urlaub zum Zwecke einer Auslandsreise. Wie man hört, will er sich nach Frankreich begeben, das ihm bereits die Einreise bewilligt hat. Sein Nachfolger soll ein gewisser Martin Barcia werden.

Meuterei auf rotem Kriegsschiff

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Paris, 16. Dezember.

Auf dem roten Kreuzer „Jaime II" im Hafen Kartagena ist eine Meuterei ausgebrochen. Der Kapitän des Kreuzers, der Sowjetrusse Fuschak, wurde von den meuternden Matrosen erschossen. Nach der Androhung, daß der Kreuzer in die Luft gesprengt würde, ergaben sich die Meuterer den roten „Behörden".

Unveränderte Lage vor Madrid

Front vor Madrid, 16. Dezember.

Der Schwerpunkt der militärischen Operationen hat sich in den letzten Tagen auf den linken Flügel verlagert, wo besonders der Frontabschnitt zwischen Pozuelo und Boadilla del Monte zum Mittelpunkt der Kampfhandlungen geworden ist. Das andauernde regnerische Wetter und der sich über das Kampfgelände breitende dichte Nebel haben auch am Dienstag die Gefechtstätigkeit beeinträchtigt. Trotzdem gelang es den nationalen Streitkräften, ihre Stellungen an der Escorial-Front wesentlich zu verbessern. Auch die Luftwaffe war in ihren Operationen durch die ungünstige Wetterlage behindert. Infolge des aufgeweichten Bodenzustandes der Flugplätze war es den nationalen Fliegern nicht möglich, in die Kämpfe an der Front vor Madrid einzugreifen. Größere Kampfhandlungen sind daher erst nach Eintritt besseren Wetters zu erwarten.

Sowjetrussische U-Boot-Flottille in spanischen Gewässern

Eigenbericht der „Dresdner Nachrichten"

London, 16. Dezember.

„Morning Post" meldet aus Gibraltar, dort sei nicht ein sowjetrussisches U-Boot, sondern eine ganze U-Bootflottille gesichtet worden mit Kurs nach den Balearen-Inseln. Die U-Boote trugen nationale spanische Kennzeichen, um die nationalen Kriegsschiffe irrezuführen.

Das rote Tribunal in Murcia verurteilte, wie weiter berichtet wird, dreizehn Personen, darunter einen Cortes-Abgeordneten, zum Tode, weil sie angeblich Beziehungen zu General Franco unterhielten und einen Aufstand gegen die Roten in Murcia geplant haben sollen. Die Todesurteile wurden bereits vollstreckt.

In dieser Nummer beginnt unser neuer Roman